

Offener Brief an den Gemeindevorstand der Gemeinde Trebur und die Fraktionen in der Gemeindevertretung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Bestürzung hat die BIT (Bürgerinitiative Trebur, gegen den weiteren Flughafenausbau, für eine lebenswerte Rhein-Main-Region) aus der Presse erfahren, dass die Gemeindevertretung dem Revisionsverfahren gegen die Südumfliegung nicht zugestimmt und die Einstellung des dafür notwendigen Geldes verweigert hat. Damit wurde die Klage- und Solidargemeinschaft mit Groß Gerau und Nauheim verlassen. So lässt die Gemeinde Trebur jetzt Nauheim und Groß Gerau für besseren Lärmschutz kämpfen, ohne sich an den Kosten zu beteiligen.

Wir fragen uns, ob allen Beteiligten bei ihrer Entscheidung bewusst war, dass dies keine Klage gegen den Flughafenausbau, sondern gegen die Südumfliegung ist. Wissen Sie, dass die Südumfliegung verschiedene Flugrouten umfasst? Momentan werden die Ortsteile umflogen, aber die Südumfliegung hat auch Flugroutenvarianten, die die Ortsteile direkt überfliegen. Diese können jederzeit geflogen werden. Der Flugverkehr soll um mindestens ein Drittel steigen. Das würde für die BürgerInnen eine extreme Zunahme von Fluglärm bedeuten.

Die BIT stellt sich die Frage, ob alle GemeindevertreterInnen ausreichend informiert waren, da eine Diskussion in den Fachausschüssen nicht stattgefunden hat. Ein Abschlussbericht des beauftragten Anwalts Schmitz wurde nicht vorgelegt, er wurde weder eingeladen, noch angehört. Dieses Vorgehen entspricht nicht der üblichen sachlichen, fachlichen und verantwortungsvollen Auseinandersetzung mit einem und speziell nicht diesem Thema.

Ist Ihnen bewusst, welche Konsequenzen sich für die Gemeinde Trebur und deren BürgerInnen ergeben können? Zum Beispiel eine Wiedereinsetzung der Siedlungsbeschränkung durch die Zunahme von Flugbewegungen und damit eine erhebliche Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der Großgemeinde, abgesehen von der möglichen massiven Zunahme von Fluglärm und deren gesundheitlichen Folgen.

Die Bit fragt sich, aufgrund welcher fachlichen Grundlage die ablehnende Entscheidung getroffen werden konnte.

Um Schaden von der Gemeinde abzuwenden, fordern wir die GemeindevertreterInnen auf den Abschlussbericht des Anwalts in den Fachausschüssen anzuhören, Expertenmeinungen einzuholen und zu diskutieren und aufgrund einer fachlichen und sachlichen Information wieder in die Solidargemeinschaft einzutreten.

Die BIT steht für weitere Informationen und Gespräche zur Verfügung.